

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

Druck: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

Druck u. Verlag: Max Baumbach, Dresden, K. L. Waisenstraße 23/24

## Erste deutsch-französische Fühlungsnahme

### Graf Schwerin über die deutsche Wirtschaftslage

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 24. Juni. Seit 10 Uhr vormittags ist die angekündigte große deutsch-französische Aus-

an der Spitze der Konferenz im gleichen Hotel an, an der außer Herriot und von Papen auch sämtliche in Lausanne anwesenden Minister, Hauptdelegierte und prominente Sachverständige beider Länder, im ganzen etwa zwanzig Personen, teilnahmen.

Um die Besprechung der Ministerpräsidenten schloß sich eine deutsch-französische Konferenz im gleichen Hotel an, an der außer Herriot und von Papen auch sämtliche in Lausanne anwesenden Minister, Hauptdelegierte und prominente Sachverständige beider Länder, im ganzen etwa zwanzig Personen, teilnahmen.

Über die Sitzung wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

„Die deutsche und die französische Abordnung ist heute vormittag in einer ersten Arbeitssitzung zusammengetreten, in der der deutsche Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Rosslar einen eingehenden Bericht über die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands erstattete. Eine zweite Sitzung findet heute nachmittag von 17,00 bis 19 Uhr statt.“

Das Kommuniqué teilt also lediglich mit, daß die Sitzung mit einem Vortrag des Reichsfinanzministers über die Finanzlage Deutschlands ausgefallen war. Dasselbe bestätigte gleich darauf Herriot selbst. Er sprach weiter von einer guten Atmosphäre und meinte, daß der Vortrag des Grafen Schwerin-Rosslar sehr klar gewesen sei. Dann fügte er lächelnd auf Deutsch hinzu: „Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht.“ Weitere Mitteilungen erfolgen vorläufig nicht. Die Konferenz wird nachmittags fortgesetzt. Man erwartet dann die Gegenbemerkungen der Franzosen zu den Feststellungen des Reichsfinanzministers.

Am Abend wird der Reichskanzler nach Berlin abreisen.

Auch Herriot verläßt bekanntlich heute nacht Lausanne, um nach Paris zu fahren. Wessach wird vermutet, daß die Konferenz sich vielleicht nun doch vertagen und nur noch Kommissionen einlegen werde. Doch liegt dafür noch keinerlei Beleg vor. In diesem Falle würden die Ministerpräsidenten natürlich nicht nach Lausanne zurückkehren.

### Washington warnt Europa

Wash., 24. Juni. Die Washingtoner amtlichen Kreise erklären, aus dem Abstrichvorschlag Hoover's gehe notwendig und deutlich hervor, daß Amerika alle europäischen Witten um Streckung oder Verabredung der Kriegsschulden solange unbeachtet lassen werde, bis Europa abgerückt habe. Sie erklären weiter, Amerika werde seine Luft- und Seehäfen nicht herabgeben, wenn Europa seine Handkräfte nicht erheblich vermindere. Das Schicksal des Hoovervorschlags hänge, wie man offen ausdrückt, in der Hauptsache von der Haltung Frankreichs und Japans ab.

### 28 Staaten für den neuen Hoover-Vorschlag?

Paris, 24. Juni. Nach einer Meldung des „Matin“ sollen 28 auf der Abrüstungskonferenz vertretene Staaten gestern der amerikanischen Delegation mitgeteilt haben, daß sie sich dem amerikanischen Vorschlag anschließen. Der Hauptausführer der Abrüstungskonferenz wird den amerikanischen Plan am Dienstag oder Mittwoch prüfen.

### Leon Blum mahnt Herriot

Paris, 24. Juni. Im heutigen „Populaire“ richtet Leon Blum, der Führer der französischen Sozialisten, eine ernste und eindringliche Mahnung an Herriot und seinen ehemaligen Parteigenossen Paul Boncour, den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten so nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Diesen Ausführungen kommt angefügt die Tatsache, daß das Kabinett Herriot auf die Stimmen der 181 sozialistischen Abgeordneten angewiesen ist, gemißte Bedeutung zu.

### Der deutsche Standpunkt im Luftfahrtauschuß

Genf, 24. Juni. In der heutigen Sitzung des Luftfahrtauschusses der Abrüstungskonferenz legte sich der deutsche Delegierte Ministerialdirektor Brandenburg grundsätzlich und umfassend mit den vorerzählten Ausführungen des französischen Delegierten de Nouvencel und der Forderung nach Internationalisierung der Luftfahrt auseinander. Eine Internationalisierung der Luftfahrt, so lautete der deutsche Vertreter, könnte den internationalisierten Luftfahrzeugen eine militärische Entwicklungsrichtung aufzwingen. Die Zivilflucht würde dadurch von ihren kommerziellen Aufgaben abgelenkt werden und Flugzeuge jähren, die für ihre eigentlichen Zwecke nur halb geeignet sind. Wir würden damit nicht entmilitarisieren, sondern geradezu militarisieren.

Die deutsche Delegation hat, führte Ministerialdirektor Brandenburg weiter aus, als geeignete Maßnahme zur Entlastung der Zivilflucht die allgemeine Annahme derjenigen Bestimmungen vorgeschlagen, die die Vorschriften der internationalisierten Luftfahrt im Jahre 1926 festgelegt hat. Ministerialdirektor Brandenburg wandte sich sodann dagegen, daß man jetzt verusche, die Frage der Internationalisierung auf Europa zu beschränken, nachdem sich gezeigt hat, daß die außereuropäischen Staaten einer solchen Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen. Der deutsche Vertreter betonte zum Schluß nochmals mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland sich einer vernünftigen Ueberwachung der Luftfahrt nicht widersetzen wolle, wenn auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung wirklich durchgegriffen werde.

### Französische und belgische christliche Gewerkschaftler für Tribute

Antwerpen, 24. Juni. In Antwerpen auf dem internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften sprach Brauer-Röhm über die Wirtschaftskrise und forderte dabei die Aufhebung der Tribute. Schmitz-Duisburg äußerte die gleiche Ansicht und erklärte, daß die Tribute die Weltwirtschaft auflockern und die christliche Kultur bedrohen.

Dagegen führte der französische Vertreter Tessier aus, daß die Tribute nicht die Ursache der gegenwärtigen Krise seien; Frankreich könne einer Streichung der Tribute nicht zustimmen. Die Verträge müßten unbedingt geachtet werden.

Der belgische Vertreter Pauwels unterstützte den französischen Vertreter. Zwar könne Deutschland jetzt nicht zahlen; aber später, wenn die Zeiten besser geworden seien, müsse es die Verpflichtungen erfüllen, die es aus freien(?) Stücken aufgenommen habe.

### Ein Deutscher von den Franzosen zu Gefängnis verurteilt

Paris, 24. Juni. Es bestätigt sich, daß der deutsche Oberforstmeister v. Bombard, der vor einigen Tagen mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen nach Rombach bei Metz gekommen war, um seiner ehemaligen Wirkungsstätte einen Besuch abzustatten, und der bei dieser Gelegenheit von der französischen Polizei verhaftet wurde, am Donnerstag vom Strafgericht in Metz wegen Uebertretung eines Ausweisungsbefehls zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Die Gattin v. Bombards und seine beiden Söhne, die gleichfalls verhaftet worden waren, wurden an die Grenze zurückgebracht.

## Paris hofft auf Verständigung mit England

Paris, 24. Juni. Die Unterredung Herrlots mit Macdonald, der heute Freitag die Unterredung mit Reichskanzler v. Papen folgen soll, wird als der Abschluß einer ersten Phase der Lausanner Konferenz bezeichnet und bekredigt die Pariser Blätter einhergehen. Man glaubt aus einigen Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten entnehmen zu können, daß sich Macdonald der französischen Forderung nicht ganz verschließen

habe. Vertinax schreibt im „Echo de Paris“, daß sich Macdonald gegen die Anschuldigungen der Unnachgiebigkeit gewehrt habe. Er habe Herriot anheimelnd, sich direkt mit dem Reichskanzler in Verbindung zu setzen und dabei zu versuchen, seinen Reparationsplan durchzuführen.

Der „Petit Parisien“ trägt seinen Optimismus auf Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten, wonach zwischen ihm und Macdonald eine Verständigung über die gemeinsam zu verfolgenden Richtlinien zu Stande gekommen sei. Ein Teil der übrigen Presse ist der gleichen Auffassung, ohne dafür greifbare Unterlagen zu besitzen. Das Fehlen dieser Unterlagen begründet man damit, daß ein derartiges Abkommen selbstverständlich geheim gehalten werden müsse, um die Empfindlichkeit der übrigen Mächte nicht zu verletzen.

Das „Journal“ macht noch ganz besonders auf die hinter den Kulissen stattfindenden Verhandlungen über eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung aufmerksam, die als sehr bedeutend bezeichnet werden. Die deutschen Unterhändler hätten einen bis in die kleinsten Einzelheiten durchgearbeiteten Plan, der jedoch den Engländern wenig anlege. Man stöße hier auf die Hauptschwierigkeiten einer Regelung.

Danach berichtet über die Unterredung zwischen Herrlot, Germain Martin, Macdonald und Runciman, daß sich daraus eine deutliche Entspannung der englisch-französischen Reparationsverhandlungen ergeben habe. Man scheine sich über eine Anzahl von Grundfragen geeinigt zu haben, die die Grundlage der gesuchten Lösung bilden sollen. Besonders sei anerkannt worden, daß diese Regelung nur mit Hilfe der Vereinten Staaten einen endgültigen Charakter tragen könne. Macdonald habe daher Herrlot aufgefordert, direkte Verhandlungen mit den deutschen Ministern anzuknüpfen. Dadurch wäre es zweifellos möglich, den zwischen der englischen und französischen Seite genossenen Ausgleich zu erzielen.

Die englische wie die französische Delegation seien aber die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung einig, die keine weiteren Konferenzen erfordern würde. Während England die Streckung der deutschen Verpflichtungen vorschläge, verlange Frankreich die Befreiung einer Pausalsumme, die die Höhe der deutschen Verpflichtungen ein für allemal festlege.

Andererseits ermahne Frankreich Isonal an, daß es Deutschland umständlich sei, bis zur Rückkehr zu einer normalen Lage irgendwelche Verzögerungen vorzunehmen. Frankreich verlange daher nur, daß ihm die gleiche Mora-

toriumsbehandlung für seine eigenen Zahlungen zugestanden werde. Die Engländer beständen vor allem auf die Reparationsstreckung, damit die eventuellen deutschen Zahlungen der deutschen Wirtschaft nicht schaden. Um dieser Gefahr zu begegnen, seien die französischen Unterhändler bereit, Deutschland eine sehr großzügige Herabsetzung seiner Verpflichtungen anzubieten, eine Herabsetzung, die vollkommen mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands im Einklang stehen würde.

### Auch London optimistisch

London, 24. Juni. Die Nachricht von der heute bevorstehenden Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Herrlot wird von der Presse als ein günstiges Zeichen betrachtet.

Der Sonderkorrespondent des „News Chronicle“ in Lausanne sagt, der Beschluß, eine beratende Begegnung zu bringen, würde nicht gefast worden sein, wenn Herrlot nach wie vor nichts anderes anboten hätte, als einen Plan für die schließliche Wiederaufnahme der deutschen Reparationszahlungen nach einer der wirtschaftlichen Erholung gewidmeten Zwischenpause. Herrlot dürfte beunruhigt worden sein von dem Nachdruck, mit dem die britische Auffassung vertreten wurde.

Der „Times“-Korrespondent in Lausanne meldet, es sind Anzeichen bemerkbar, daß es keine Meinungsverschiedenheit zwischen Herrlot und Macdonald darüber gibt, daß Deutschland jetzt oder während der Periode der wirtschaftlichen Erholung keine Zahlungen leisten kann. Die Franzosen geben auch offenbar zu, daß eine endgültige Regelung sowie eine Beendigung der Ungewißheit und die Sicherheit gegen eine Störung der gewöhnlichen kommerziellen Beziehungen durch etwaige künftige Zahlungen wünschenswert ist.

Unter einer endgültigen Regelung verstehen die Engländer, die Italiener und selbstverständlich die Deutschen eine Annulierung, während die Franzosen noch an eine „abklingende“ Zahlung oder an irgendwelche Vorkleistungen für eine solche Zahlung denken.

Die Deutschen erklärten, keine deutsche Regierung könne sich auf künftige politische Zahlungen einlassen. Sie haben aber angedeutet, daß Frankreich für die Ausfälle, die es durch Annulierung der Reparationen erleide, kommerzielle Vorteile haben könne.

### Fünf Millionen verschoben!

Berlin, 24. Juni. Die gestern gemeldete Devisenaffäre Sedelmayers scheint zu einer Entlastungsaffäre ausgewachsen. Bis jetzt ist bereits festgestellt, daß Wertpapiere in einem Gesamtwert von fünf Millionen verschoben worden sind.



# Tagung der landwirtschaftlichen Genossenschaften

## Die Vorträge am Freitag

Nachdem die Teilnehmer am Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag am Donnerstag den 23. Juni in Dresden am Abend die Besichtigung hatten — am Abend wurden die Staatsbahnen besichtigt — wurde die Arbeit am Freitag früh 10 Uhr im Kulturpalast wieder aufgenommen. Zunächst erhaltete

### Prof. Dr. Lang (Königsberg)

das Referat, das ursprünglich auf der Tagesordnung des Donnerstags gestanden hatte. Er sprach über die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Bereits in der Vortragszeit hätten die Genossenschaften eine hohe Mission zu erfüllen gehabt im Kampfe gegen die Bedrückung des Bauernstandes. Die Grundlage für den Aufstieg des Bauernstandes hätten die Genossenschaften in der Vorkriegszeit durch ihre Kreditorganisationen gelegt. Auf dieser Grundlage hätte sich dann eine bessere Ausbildung des Bauernstandes entwickeln können. Bei der Vielgestaltigkeit der Gründe für die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei eine Abhilfe durch eine einzelne Maßnahme nicht zu erwarten. Alle landwirtschaftlichen Organisationen müßten zusammenstehen.

### Um die Betriebsbilanz zu verbessern

Nachdem den Genossenschaften folgende Möglichkeiten offen: Einmal müßten sie darauf dringen, daß die Einkünfte überall möglichst niedrig gehalten werden. Zweitens müßten die Einkünfte bei den Genossenschaften niedriger als bei den privaten Geldgebern. Durch die Besorgungsgenossenschaften bestünde die Möglichkeit, wichtige Betriebsmittel, wie Saatgut, Düngemittel und Futtermittel sowie den elektrischen Strom billiger zu erhalten als sonst üblich. — Auf der anderen Seite müßten sie ferner drei Wege offen: Einmal müßte der Absatz planmäßiger gestaltet werden, was eine besondere kaufmännische Behandlung der Genossenschaftler notwendig sei. Zweitens müßte die Produktion besser und einheitlicher Qualitäten anstreben, um den organisierten Massenverbrauch zu befriedigen. Drittens sei die Produktion planmäßig so zu lenken, daß nicht bei dem einen Produkt zu viel und bei einem anderen zu wenig erzeugt werde. — Zum Schluß wies Professor Lang darauf hin, daß die Bedeutung der Genossenschaften gewachsen sei, da

heute auch der gewöhnliche landwirtschaftliche Einzelunternehmer nicht mehr in der Lage sei, seine Produktion auf dem Markt in genügender Weise zu verwerthen.

Prof. Lange betonte mit allem Nachdruck die Notwendigkeit einer Planwirtschaft, allerdings einer Planwirtschaft der genossenschaftlichen Organisationen und nicht der staatlichen Bürokratie. Rame es aber nicht zu einer solchen Planwirtschaft, so einer planmäßigen Produktionsregelung, dann arbeiteten wir holländischen Zuständen vor, in denen der Bauer nicht sei als ein staatlicher Zwangsarbeiter, der wüstenlos den Befehlen des Staates zu folgen habe. Die Genossenschaften hätten eine eminent erzieherische Aufgabe zu solidarischem Handeln aller Landwirte.

In der Aussprache zu diesem Vortrag wurde vor allem vom Landrat a. D. v. Gerschberg (Verkaufsverband der norddeutschen Wolferren) die katastrophale Lage der Milch- und Futtermittelwirtschaft charakterisiert; die stinischen und polnischen Winterpreise (90 bis 107 Mk. der Zentner inkl. Zoll, frei Berlin) seien unmaßgeblich noch zu unterbieten. Nur eine vorübergehende Sperre des Imports könne hier helfen; außerdem müsse man vom Staat eine Ausfallbürgschaft verlangen für die Schäden, die aus der falschen Zollpolitik entstehen.

### Direktor Dr. Haselberger (München)

behandelte das Thema: „Der 13. Juli und die landwirtschaftlichen Genossenschaften“. Der 13. Juli 1931 habe die bäuerliche Selbsthilfe stark erschüttert und vielfach unrichtig gemacht. An den Ursachen und dem Ursprung des 13. Juli sei die genossenschaftliche Organisation völlig unbeteiligt, und sie hätte sich auch als freier Helfer bewiesen als andere Kreditinstitutionen; auf die Dauer konnte allerdings auch sie sich dem Auflösungsprozess der Wirtschaft nicht entziehen. Wo lagar die Großbanken die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müßten, sei es ein Wunder, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften aus eigener Kraft durchhalten könnten, ohne daß allzu viele auf der Strecke blieben.

Von den 19 000 dem Reichsverband angeschlossenen Spar- und Darlehenskassen haben in der zweiten Hälfte 1931 lediglich 14 den Konkurs erklären müssen.

Dabei sind es gewaltige Verluste gewesen, die man durchführte, trotzdem in dieser Zeit die Gesamteinnahmen zurückgingen um 200,9 Millionen Mark. (10,5 Prozent des Bruttohandels vom 30. Juni 1931.) Die eigenwilligen Sparanlagen gingen um 9,7 Prozent zurück, ein Ergebnis, das als verhältnismäßig günstig anzusprechen ist. Die volle Wucht der Nullzinspolitik und die genossenschaftlichen Geldausgleichskassen, die Zentralbanken, die nichtbedenklicher trotz aller Liquiditätskrise, die sie gewährt, trotz der starken Finanzsperre für die Erneuerung der bei der Preissenkung von ihrem vorjährigen Höchststand im August mit 228 Millionen Mark bis zum Februar d. J. auf 64 Millionen Mark zurückgegangen sind — in einer Zeit, in der Banken und Sparkassen zum Beispiel mit 1,5 Milliarden den Kredit der Akzept- und Garantiedank in Anspruch nahmen! Eine Organisation, die derartige Leistungen zu vollbringen in der Lage ist, muß in ihren Grundlagen unbedingt gesund sein.

### Wieding: Jetzt sind die Grenzen der Selbsthilfe erreicht, wenn nicht überschritten.

Eine gewaltsame Bereinigung der Außenstände der Genossenschaften muß zu einer Verkürzung der Vermögensbilanz ihrer Mitglieder führen. Auch ein Eingriff in die Anlageverträge ist aus Mangel an Alternativen so gut wie unevtl. Besonders gilt das für das Döbelitzgebiet, das unter dem Schutz des Sicherungsverwahrsamens steht. Die Folgen eines solchen gesetzlichen Moratoriums, wie überhaupt die Auswirkungen eines einseitigen Schuldenschnittes müssen unbedingt mit öffentlichen Mitteln aufgefangen werden, wenn sie nicht zu einer allgemeinen Gefahr werden sollen.

### Die genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft kann und muß deshalb beanspruchen, daß ihre Mitglieder ebenso geschützt werden wie die Kunden der Banken und Sparkassen.

denn sie sind nicht nur Stützen der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch der gesellschaftlichen Ordnung. Das Auseinanderfallen des genossenschaftlichen Kreditapparates würde eine Katastrophe bedeuten. Die Genossenschaften verlangen keine Bevorzugung, protestieren aber gegen eine Bevorzugung der Großbanken und verlangen fair play gegenüber allen Teilen der Wirtschaft. Zum Schluß kam der Berichterstatter noch darauf zu sprechen, welche Folgerungen die Zentralbanken aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen haben. Die

### mögliche Einschränkung der Kreditentnahme

muß für die nächste Zeit vorbringtliches Ziel bleiben. Gerade die Folgen des 13. Juli haben gezeigt, wie sehr Vorgehen unheil macht.

Im Anschluß an das Referat Dr. Haselbergers nimmt das Wort der Reichskommissar für das Bankgewerbe,

### Ministerialdirektor Dr. Ernst

der wie er betont, sich im Kreise der Genossenschaften nicht als Fremder fühle, schon in seiner früheren beruflichen Betätigung habe er mit ihnen in Zusammenhang gestanden. Es sei gerade jetzt wichtig, die Ideale genossenschaftlichen Denkens in die Tat umzusetzen. Die enge Verbundenheit seiner Dienststelle mit den Genossenschaften sei durch das Hinsinkommen noch enger geworden. Bei seiner Durchsicht der Lage von den genossenschaftlichen Organisationen habe die beste Hilfe geleistet worden. — Er begrüße es dankbar, daß im Zentralen Kreditausschuß von genossenschaftlicher Seite die Heraushebung der Zinsspannen angeregt worden ist; die Genossenschaften müßten in ihren Bestrebungen nicht müde werden. — Zur Frage der Ueberwälzung der Zinsprovision sagte Dr. Ernst, ihr wirtschaftlicher Schaden sei größer als ihr erzieherischer Nutzen. Er lege sich dafür ein, daß in dieser Frage keine hemmende Handhabung erfolge, was auch die oberste Spitze der genossenschaftlichen Kreditorganisation beherzigen sollte. Hinsichtlich der Kreditkontrolle müsse das bestehende Durchsicht- und Nebenamt aufrechterhalten werden. Es werde Aufgabe der Regierung sein, auf eine Vereinfachung und Verebilligung der Kreditkontrolle hinzuwirken. — Schließlich begrüßte Dr. Ernst das Wettbewerbssabotageverbot. Es habe sich ergeben, daß bei dem immer knapper werdenden Eingang der Spareinlagen der Druck zu einem vermehrten Wettbewerb sich eingestellt hat. Ein Burgfriedenabkommen zwischen Genossenschaften und Spar- und Girobanken, dahingehend, daß innerhalb von zwei Jahren keine neuen Institute geschaffen werden sollten, sei zwar noch nicht zustande gekommen, aber liege so im Zuge einer gesunden Entwicklung, daß es notwendig kommen müsse.

Präsident Reichsminister a. D. Dr. Gernies dankte dem Reichskommissar für seine Ausführungen, die bei den Genossenschaften das Bewußtsein verfestigt hätten, daß in seiner Dienststelle sachlich gearbeitet werde. Er verspreche, daß man in sachlich ausgleichender Linie weiterarbeiten werde; er bitte den Reichskommissar, in der Frage des Burgfriedens sich positiv dafür einzusetzen, daß die beschlossene Demarkationslinie auch zustande komme.

### Hofrat Dr. Schöne

griff zurück auf Ausführungen des Ministerpräsidenten Brüder. Es sei richtig, daß die Preisenkung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften hauptsächlich als Ausgleichsmittel, weniger als Kreditquelle benützt würde, daraus dürfe man aber nicht den Schluß ziehen, daß es den landwirtschaftlichen Genossenschaften besser gehe. Der Kaufkraftschwund wirke sich hier, wie der Ministerpräsident auch betont habe, in Sachen härter aus als anderswo.

Das letzte Referat hielt Verbandsdirektor Staatsanwalt Kaltschrai a. D.

### Prof. Huguenin (Königsberg)

über die „Bedeutung der Revision und der Betriebskontrolle in heutiger Zeit“ ein Thema, das in die Niederungen genossenschaftlicher Kleinarbeit führt, aber in ständig steigendem Maße die Gemüter beschäftigt. Seit 1880 bis zum vorigen Jahre sei das Genossenschaftswesen die einzige Wirtschaftseinrichtung gewesen, für die eine Pflichtrevision gesetzlich verordnet war. Die einheitlichen Durchführungsgrundlagen seien allerdings erst nach Schaffung des Einheitsverbandes vor zwei Jahren geschaffen worden. Der Revisor dürfe nicht im Technischen aufgehen, aber die Zahlen hinweg müsse er sich seiner erzieherischen Aufgabe bewußt bleiben. Seine Revision dürfe nicht formaler Art, nicht nur eine rechnerische Kontrolle der Bilanzen und Bücher sein, der Revisor habe sich einheitlich zugunsten einer materiellen Revision entscheiden, die sich auf die Tätigkeit der Verwaltungsorgane, die Vermögenslage der Genossenschaft, die Organisation und Geschäftsführung des Betriebes erstrecken muß. — Zur Auswertung des Revisionsberichts sagte der Referent, das letzte und äußerste Mittel, der Kaufkraftschwund bringe keine Abstellung der Mängel. Auch von gesetzlich verordneten Zwangsmitteln, die vielfach gefordert würden, könne man sich nichts versprechen. Die organische Verbundenheit der Genossenschaften mit ihren Verbänden und das traditionelle Treueverhältnis lassen vielmehr vernünftige Belehrung und richtige Anwendung der sachgemäß gegebenen Hilfsmittel als rasam und ausreichend erscheinen. Vorwürfe gegen „mangelhaft ausgeführte Revisionen“ seien oft ungerechtfertigt, da jede Revision nach den Geschäftsverhältnissen komme.

### Präsident Dr. Hermes

sprach dann das Schlusswort. Er dankte noch einmal allen Stellen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben, der Regierung, der Stadt, dem sachlichen Genossenschaftsverband, vor allem Verbandsdirektor Hofrat Dr. Schöne. — Ein besonderer Gruß gelte nochmals den Auslandsdeutschen, denen man geschichtlich und blutmäßig verbunden sei. — Man dürfe dem oft mit übertriebenen Preisen nicht vergessen, daß es uns den kategorischen Imperativ gelehrt habe; nur in diesem Geist, in eiserner Disziplin und Pflichterfüllung, in Ausübung der nationalen Tugenden, werde es mit unserem Volke wieder bergauf gehen. Unsere leidenschaftlich durchwählte Zeit brauche das Gefühl, daß wir alle zueinander gehören. Dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen stehe in diesem Sinne noch eine große Aufgabe bevor.

### Der Straßenbahn-Lieferstand

In der am Freitagvormittag fortgesetzten Verhandlung über den Lieferstand der Straßenbahnen, nachdem die Klagen am Donnerstag beendet worden waren, noch das Schlusswort. Der Angeklagte Meixner erklärte, er bereue es, vor Gericht stehen zu müssen. Er habe nicht absichtlich zu jemandem Schaden gehandelt und bitte um milde Beurteilung. Auch der Angeklagte Richter hat um größte Milde bei der Beurteilung seiner Tat. Der Angeklagte Lorenz wies darauf hin, daß er bedauern, kleine Besenstücke angenommen zu haben. Es seien aber niemals pflichtwidrige Handlungen von ihm begangen worden. Er bitte, seine und seiner Familie Existenz nicht zu vernichten und ihn freizusprechen. Die Angeklagten Trautvetter haben gleichfalls um ein mildes Urteil. Der Angeklagte Prohberg betonte, er sei in diesem Prozeß ohne Verteidiger gekommen, da er ohne weiteres mit seiner Freisprechung gerechnet habe. Um so schwerer habe ihn der Strafantrag des Staatsanwalts getroffen. Er sei sich seiner Verfehlung bewußt und erwarte seine Freisprechung, um in seinem hohen Alter der Schande einer Verurteilung zu entgehen. Schließlich betonte der Angeklagte Schmitt, er habe alle Aufträge reell ausgeführt und fühle sich ungeschuldig. Er habe die Straßenbahn niemals schädigen wollen. Falls das Gericht doch zu einer Verurteilung kommen sollte, bitte er um eine milde Strafe.

semester 1929 stehen, im Wintersemester 1929/30 vierzehn, und im Sommersemester 1930 sechzehn Kandidaten an der Universität Leipzig zum Dr. med. vel. P. R.

\* Prof. Settegast †. Der in Potsdam im Ruhestand lebende Professor für romanische Philologie an der Universität Leipzig, Dr. Franz Settegast, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Seine zahlreichen Werke sind der romanischen und altitalienischen Dichtung gewidmet. Aus seiner Feder stammt auch eine Uebersetzung von Dantes Göttlicher Komödie.

\* Die Preisverteilung im Wiener Wettbewerb für Gesang und Violine. Wiener Blättermeldungen zufolge hat die unter Vorbehalt von Clemens Kraus stehende Jury des Wiener Wettbewerbes für Gesang und Violine beschlossen, nach dem Vorbestimmen der ersten Preis von 4000 Schilling und den Wien-Preisen von 1000 Schilling nicht zu verleihen. Der Preis wurde auf fünf Stipendien zu 800 Schilling aufgeteilt, während aus dem Wien-Preis ein dritter Preis von 1000 Schilling gemacht wurde. Der zweite Preis von 800 Schilling wurde in zwei zweite Preise zu je 400 Schilling umgewandelt, den Gise Gimo, eine italienische Sopranistin, und der polnische Bassist Edward Bender erhielten. Die Auslese unter den fünfzig Geigenkünstlern, die von 200 Angemeldeten zu den Hauptprüfungen zugelassen wurden, hat 28 junge Künstler ergeben, die in die engste Wahl für Geldpreise, den Geigenpreis in Gestalt einer Meistergeige, sowie für ein Diplom mit besonderer Anerkennung oder einer silbernen Ehrenplakette gelangen. Von deutschen Sängern erhielten Preise die Wiener Sopranistinnen Maria Schubert und Felene Biersaler, während bei der Geigenkonkurrenz neben einer Reihe österreichischer Künstler die Deutschen Jolanda Müller, Hans Dänke und Glabella Schmitz preisgekrönt wurden. Die mit den ersten Preisen aus dem großen Wettbewerb für Gesang und Violine hervorgegangenen Künstler werden in zwei großen Festkonzerten der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

\* Um die Abhilfe Subvention für das Berliner Philharmonische Orchester. Die Verhandlungen der Stadt Berlin über die Subventionen an das Philharmonische Orchester konnten bisher zu keinem Abschluß gebracht werden, denn der Magistrat stellt eine Reihe neuer Forderungen auf, die für das Philharmonische Orchester als eine unerlässliche Belastung angesehen werden müssen, und

zwar soll die Stadt Berlin für die Uebernahme der 25 Mitglieder des aufgelösten Berliner Sinfonicoorchesters in das Philharmonische eine unbefristete Dauer fordern, während sich der Magistrat für die Subvention gleichzeitig nur auf fünf Jahre verpflichten will. Darüber hinaus soll auch mit der Verwendungsfähigkeit des Philharmonischen Orchesters bei Opernaufführungen in der städtischen Oper gerechnet werden.

\* Erhaltung der Bierischen Volkstanz. Die chirurgische Poliklinik des Gemeinrats Prof. Dr. August Bier in Berlin, die aus Erparungsgründen geschlossen werden sollte, wird nun doch in unveränderter Weise erhalten. Für besondere chirurgische Behandlung besteht auch jetzt noch eine Anzahl von Stellen für stationäre Behandlung. Auch der poliklinische und teilweise klinische Unterricht ist hiermit weiterhin verbunden. Das Ganze untersteht jetzt Prof. Sauerbruch, während die britische Leitung dem früheren Assistenten von Bier, Prof. Artur Israel, übertragen worden ist.

\* Tagung der Heimatschutzes-Gesellschaft. Die Heimatschutzes-Gesellschaft hielt in Bad Dürkheim eine dreitägige Lehrgang für heimatische Landschaftsgestaltung ab, der fast belücht war und auf dem beteiligte Stellen auch über die engere und weitere Umgebung hinaus vertreten waren. Als Zweck der Tagung wurde bezeichnet, Sinn und Verantwortungsbewußtsein für die Entstehung und Gestaltung deutscher heimatischer Kulturlandschaft zu wecken und zu festigen. Gegenstand der Vorträge war u. a. „Heimatische Landschaftsgestaltung“, „Wald und Landschaft“, „Der Wald in der Thüringer Landschaft“, „Die Stadterweiterungsplanung Bad Dürkheim und ihre Bedeutung für das Reichsdenkmalgebiet“.

\* Die Preise des Bundes Rheinischer Dichter. Bei der rheinischen Dichtertagung in Trier kam zum erstenmal der Preis des Bundes Rheinischer Dichter zur Verteilung. Preisgekrönt wurden der Dichter Heinrich Pelsch und der Schriftsteller Ernst Fuchsman. — Für die nächsten Tagungen des Bundes Rheinischer Dichter wurden Bielefeld und Düsseldorf bestimmt. Die am 17. und 18. September d. J. stattfindende Tagung in Bielefeld steht unter dem Motto „Waldart und Dichtung“. Die Düsseldorfer Zusammenkunft wird im Frühjahr 1933 stattfinden.

\* Eine Chopin-Ausstellung in Paris. Am Quai d'Orleans in Paris wurde soeben eine große Chopin-Ausstellung eröffnet. Die Veranstaltung ist als Festschmuck der 100jährigen Wiederkehr der Ankunft Frederic Chopins in Frankreich gedacht und vereinigt zum ersten Male eine größere Reihe von Bildern, Autographen und Andenken Chopins im Rahmen einer französischen Ausstellung.

\* Landes-Franz-Ungar-Gesellschaft für Ungarn. Die Franz-Ungar-Gesellschaft in Budapest ist zu einer Landes-Franz-Ungar-Gesellschaft für Ungarn erweitert worden. Zum Ehrenmitglied wurde u. a. Richard Strauß ernannt.

\* Ein Preiswettbewerb des Deutschen Rundfunks zur Auswertung von Fremdwörtern. Anlässlich der diesjährigen Großen Funkausstellung veranstaltet die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft ein Preiswettbewerb, durch das sie Verdeutschungen einiger im Rundfunk täglich vorkommender, als besonders störend empfundenen Fremdwörter zu erhalten hofft. Es werden ihr aus der Öffentlichkeit so oft Wünsche für eine möglichst reine Gestaltung zunächst der Anlage übermittelt, daß sie nunmehr die Öffentlichkeit selbst zur Mitarbeit aufruft. Als Preisrichter sind die Herren Ernsthardt, Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Ministerialdirektor Dr. Richard Jahnke und Universitätsprofessor Dr. Julius Peteren gewonnen worden.

### Rundfunkwitz

„It das ein Bild von einem Reutöner, was da im Radio gespielt wird?“  
„Ja, das ist doch gar nicht unser Radio. Das ist doch unsere Nähmaschine.“  
„Mein Mann ist ein hervorragender Radioamateure. Der ist besser als Napoleon.“  
„Napoleon war doch kein Radioamateure.“  
„Rein! Aber er hat sich ein Leben lang vergeblich bemüht, England zu kriegen. Mein Mann bekommt England mit zwei Handgriffen.“  
„Na, wie jessü! Können unsere neue Tapete?“  
„Seah, seah neit. Aber ich finde, se is 'n Bistren schreien.“  
„Joit, deswejen haben wir sie ja gerade bekommen. Wir hoffen, daß sie den Radau überstint, den Ihr vadamatter Radioapparat mach.“  
„Frau Schwamm ging aus.“  
„Frau Schwamm sprach, daß die Dankschube aufstößend, zu ihrem Ramme.“  
„Schwamm, wenn das Kind zu schreien anfängt, dann reiß du einfach das Radio an.“  
„Warum? Schreit es dann nicht mehr?“  
„Rein! Aber dann hört es die Nachbarschaft nicht mehr.“





